



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

PRESSEMITTEILUNG

22.09.2020

Polizeistudie zu rassistischem Verhalten in Rheinland-Pfalz

**Kehrtwende in der Landesregierung – Deutsche Polizeigewerkschaft
fordert breiten und ressortübergreifenden Diskurs**

„Fremdenhass, Antisemitismus und Rassismus dürfen in unserem Land keinen Platz haben, sie müssen energisch bekämpft und bereits im Entstehungsprozess erkannt und verhindert werden“, betont der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Thomas Meyer.

Die DPoIG Rheinland-Pfalz hat die Nachrichten über Fehlverhalten von Polizeikräften mit Schaudern und Entsetzen zur Kenntnis genommen und unterstützt deshalb die Arbeit der Ermittlungsbehörden, mit allen rechtstaatlich notwendigen Mitteln die Hintergründe aufzuklären.

Rechtsextremismus findet leider in weiten Teilen der Bevölkerung Akzeptanz und ist längst zur Bedrohung für unser gesellschaftliches Miteinander insgesamt geworden.

Die Verfassungsschutzbehörden weisen zu Recht auf größer werdende Gefahren des Rechtsextremismus hin und fordern ebenfalls zu Recht zusätzliche Ressourcen und Kompetenzen.

„Aber, erklärt der Landeschef der DPoIG, eine isolierte Betrachtung einer einzelnen Berufsgruppe in Deutschland wird deshalb der Dimension der Herausforderung nicht gerecht und darf nicht zu Lasten der Polizei in Rheinland-Pfalz betrieben werden.

„Fast 9 von 10 Bundesbürgern haben Vertrauen in die Arbeit der Polizei und diesem Vertrauen wird sie auch weiterhin gerecht werden“, ist Meyer überzeugt.

Die DPoIG Rheinland-Pfalz fordert deshalb ausdrücklich, die Fokussierung auf eine einzige Berufsgruppe zu beenden.